

LINKE BILDUNGSMISERE +++ LINKE BILDUNGSMISERE +++ LINKE BILDUNGSMISERE

## Die PISA - Studie - Schock oder Chance?

Die Schulleistungsstudie PISA (Programme for International Student Assessment) wurde in 32 Teilnehmerstaaten für 15-jährige Schüler durchgeführt.

Geprüft wurden die Lesekompetenz und die mathematische und naturwissenschaftliche Grundbildung. Seit Dezember 2001 sind die Ergebnisse bekannt. Unser

Abschneiden hat mit Recht einen Schock in der Bundesrepublik ausgelöst.

Ein Beispiel: 22 Prozent der 15-jährigen Schüler liegen in ihrer Lesefähigkeit auf der schwächsten Kompetenzstufe oder sogar darunter! Deutschland erreicht damit den fünfletzten Platz.

Bildungspolitiker aller Parteien fühlen sich nun beunruhigt, über Gründe und Verbesserungsmöglichkeiten zu diskutieren. Diese Chance sollte auch Berlin nutzen, um Reformvorhaben endlich anzuschließen und umzusetzen. Wirklich überrascht haben die Ergebnisse für Berlin sicherlich nicht.

Die SPD-geführte Senatsverwaltung für Schule hat es nicht geschafft, eine ausreichende Anzahl von Schülern teilnehmen zu lassen, so dass Berlin nur im Vergleich der Gymnasien auftaucht. Selbst eine nachträgliche Teilnahme im Frühling 2002 wurde verschlafen und findet nicht statt. Seit Jahrzehnten wehren sich SPD und auch die GEW gegen Vergleichsarbeiten und schulübergreifende Tests. Was ist wohl

im Schulbereich zu verbergen? Überfällige Reformvorhaben werden in Berlin seit Jahren verschleppt und blockiert! Eine jetzt plötzlich geforderte Evaluation verbessert zwar noch nicht das Bildungsniveau, ist aber eine Voraussetzung, um Verbesserungen zu veranlassen. Aus den Ergebnissen von PISA lassen sich viele von der CDU schon lange geforderten Veränderungen ableiten (siehe Kasten).



Foto: Glaser

### Erfolg fängt im Elternhaus an

Bislang kommen beispielsweise Gedanken zur Situation in den Familien in der allgemeinen Diskussion zu kurz! Das Sprachverhalten in der Familie über Alltagsigkeiten hinaus ist eine Voraussetzung für Lernerfolg. Bildungsangebote sind nicht ausschließlich Sache der Schule. Interessen, Neugierde, Wissensdurst, allgemeine Kenntnisse und vieles mehr werden in der Familie geweckt und grundgelegt. Bildung muss in der Familie wichtig sein. Die Vorbildfunktion im Umgang mit Büchern, Zeitungen und anderem ist nicht zu unterschätzen. Das Ansehen der Schule und der Lehrer sollte im Bewusstsein der gesamten Familie positiv sein, um Abwehrhaltungen der Kinder gar nicht erst aufkommen zu lassen. Daraus resultiert eine enge Kooperation und Zusammenarbeit von Schule und Elternhaus. Eine Verbesserung der Situation kann nur durch ein enges Zusammenwirken aller erreicht werden.

Wir stehen mit der Bildungsdiskussion erst am Anfang. Der Schock sollte schnell überwunden werden, um die Chancen für unsere Kinder nutzen zu können.

## CDU - Forderungen zur Behebung der Bildungsmisere:

- Sprachstandserhebungen und eine daraus abgeleitete Sprachförderung sollten möglichst früh, also im Kindergarten ansetzen. Dies gilt nicht nur für Migrantenfamilien, sondern auch für Deutsche.
- Wir brauchen ein flexibles Einschulungsalter, um Kinder je nach Entwicklungsstand in die Schule aufnehmen zu können.
- Für die Grundschule müssen Leistungsstandards definiert werden, um aus einer ideologiebehafteten Kuschelpädagogik herauszukommen. Die Leistungen müssen überprüft und realistisch benotet werden.
- Neben einer Förderung der Schwachen müssen auch Angebote für die Leistungsspitzen gemacht werden.
- Ein bedarfsgerechtes Angebot an Gymnasien ab Klasse 5 kann schnell eingerichtet werden.
- Die Ganztagschule ist nur sinnvoll, wenn auch pädagogische und inhaltliche Angebote gemacht werden. Ganztagschule hat nichts mit der bestehenden Gesamtschule zu tun!
- Die Ausstattung gerade der Grundschulen muss verbessert werden.

- Es muss eine verpflichtende Lehrerfortbildung in Richtung Methodenkompetenz organisiert werden.
- Die Erarbeitung zentraler Vergleichsarbeiten und verbindlicher Standards für alle Schulstufen muss schnell erfolgen.
- Eine Vereinheitlichung des Abiturs darf die Schulprofile und spezielle Stärken der Einzelschule nicht außer Acht lassen.
- Die Verkürzung der Schulzeit ist mit einer Veränderung der Lerninhalte sinnvoll.
- Zu viele Schüler, die in Klasse 7 auf das Gymnasium gehen, machen das Abitur nicht. Eine angemessene Förderung kann von den Gymnasien mit 35 Schülern in einer Klasse nicht geleistet werden.
- Die Mittelstufe (7. bis 10. Klassen) muss verbessert werden: die Oberstufe ist gut ausgestattet.
- Es müssen mehr Schüler zu einem Abschluss geführt werden, um eine Chance auf dem Arbeitsmarkt zu haben. Ein Verbleib in der Schule ist kein Ersatz für eine Lehrstelle.
- Schule muss anregender Lebensort sein und darf nicht in verfallenden Gebäuden stattfinden.

Michael Szulzewski

## Kitas: Brasilien besser als Berlin?

PISA ist inzwischen ein Synonym für Defizite im Schulwesen. Doch auch in den Berliner Kindertagesstätten ist es nicht zum Besten bestellt. „Bärenstark“ heißt eine Untersuchung dazu, mit der sich jetzt die Politik befassen muss.

Sascha Steuer, Mitglied der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus, fasst die Erhebung so zusammen: „Das Ergebnis der Bärenstark-Untersuchung ist niederschmetternd. Zwei Drittel der Kinder in den Innenstadtbezirken brauchen besonderen Förderunterricht in Deutsch. Dies ist keineswegs nur auf die Kinder nicht-deutscher Herkunft zu beziehen. Nein, deutsche Kinder sprechen genauso schlecht Deutsch.“

Hatte die PISA-Studie Deutschland noch kurz vor Brasilien gesehen, bescheinigt uns die Bärenstark-Untersuchung also einen Bildungsstand des letzten Slums vor Rio de Janeiro.“

Steuer ärgert sich über den Umgang des rot-roten Senats mit den Untersuchungen. Zunächst habe die Koalition im Hauptausschuss den Titel für Folgekosten durch die PISA-Studie massiv gekürzt und wenige Tage später erklärte Bildungssenator Böger einer verblüfften Öffentlichkeit, dass er nach dem Einverständnis für Nachtests aus Brüssel die PISA-Studie in Berlin nicht wiederholen wolle – weil er sich veralbert fühle. Bei den Kindertagesstätten habe es die rot-rote Politik in kurzer Zeit geschafft, die Zukunft der Berliner Einrichtungen aufs Spiel zu setzen, indem die Standards empfindlich abge-

senkt, die Erzieher und Lehrer demotiviert und die Eltern verängstigt würden.

Der Senat streiche nun gerade hier und begründe dies mit Ausstattungsvorsprüngen gegenüber anderen Bundesländern. Sascha Steuer: „Hat Herr Böger denn auch den Sprachstand zwischen den Bundesländern verglichen? Die CDU-Fraktion lehnt diese Kürzungen ab. Wenn Politik sich schon wissenschaftlicher Ergebnisse bedient, müsste sie auch darauf reagieren. Das Ergebnis des Bärenstark-Tests muss zu einer Rücknahme der Kürzungsbeschlüsse bei Kitas führen – wir brauchen nicht 1200 Erzieherinnen weniger, sondern mehr Erzieher.“

Die CDU sei allgemein der Auffassung, dass die beste Ausbildung eines fünfjährigen Kindes in seiner Familie stattfindet. In einer Familie, in der sich Mutter und Vater bemühen, mit dem Kind über vieles zu sprechen, ihm die Welt zu erklären und es zu Fragen zu ermuntern. Leider gebe es aber eben dieses Idealbild immer weniger. Berufstätigkeit dürfe bei der Kinderer-



Sascha Steuer am Brennpunkt Kita

ziehung nicht zum Hindernis werden. Sascha Steuer fordert: „Väter und Mütter sollen nicht vor der Entscheidung stehen: Kind oder Beruf. Die CDU will hier eine freie Wahlmöglichkeit und den Menschen die Chance geben, Familie und Beruf zu vereinbaren. Dazu muss der Staat ihnen gute Angebote zur Kinderbetreuung machen. Eine gute Bildung liegt nicht nur im Interesse des Kindes sondern vor allem im Interesse des Staates!“

CHRISTOPH STÖLZL UND GÜNTER NOOKE

## Stoiber ist gut für Berlin

Berlin ist „Deutschlands einzige wirkliche Metropole“. Das sagt ein Bayer. Das sagt der Kanzlerkandidat der Unionsparteien, Edmund Stoiber. Nein, mit einem Bundeskanzler Stoiber muss Berlin nicht bange sein, wenn es um die Zukunft unserer Stadt geht. Was wurde nicht alles geunkelt nach dem Motto: Hat ein bayerischer Ministerpräsident überhaupt eine Antenne für eine Stadt wie Berlin? Da wurden alle möglichen und angeblichen Animositäten zwischen Preußen und Bayern bemüht. Aber das Bekenntnis des Kanzlerkandidaten für Berlin lässt an Klarheit nicht zu wünschen. Stoiber fordert einen neuen Hauptstadtvertrag, der davon ausgeht, dass Berlin die Metropole für alle Bundesländer ist. Die Zukunft Berlins ist für den Föderalisten Stoiber gleichwohl eine nationale Aufgabe. Es macht Mut, dass dem künftigen Kanzler der Deutschen unsere Stadt so wichtig ist. Er stellt fest, „die Stimmung in Berlin für die CDU mit unserem Spitzenkandidaten Günter Nooke ist sehr gut“. Die Berliner Union hat mit Edmund Stoiber einen tollen Verbündeten, um am 22. September auch ein Zeichen für diese Stadt zu setzen – heraus aus der Provinzialität dieses SPD-PDS-Senats. Schon auf dem

letzten Bundesparteitag der CDU haben Christoph Stözl, Günter Nooke, Joachim Zeller und andere einen Antrag eingebracht, der genau die Forderung stellt, für die auch Edmund Stoiber steht: Berlin zur föderalen Metropole zu gestalten. Im genauen Wortlaut: „Die Entwicklung der Bundeshauptstadt Berlin zu einem Ort, von dem positive Signale in die ganze Welt hinausgehen, ist die Aufgabe aller Deutschen. Was in Berlin gelingt, gelingt für die ganze Nation. Die Bundeshauptstadt hat also eine dienende, keine zentralisierende Funktion für unser föderales Land. Berlins Hauptstadtrolle wird nachdrücklich gefördert durch seine reiche und lebendige Kulturtradition und durch blühende Wissenschaften. Diese sind immer bewusst international ausgerichtet gewesen und repräsentieren deshalb sehr gut den Geist eines weltoffenen, europäisch gesinnten Deutschlands. Die Länder sind eingeladen, sich in der Bundeshauptstadt stärker noch als bisher in ihrer Vielfalt darzustellen und Verantwortung zu ergreifen. Die CDU Deutschland unterstützt Berlin auf dem Weg, diesen neuen – in der ganzen Welt einmaligen – Typus einer ‚föderalen Metropole‘ bald Wirklichkeit werden zu lassen.“

## Zentrale Anlaufstelle Hospiz

### Beratungsarbeit für Sterbende und Trauernde in Berlin gerettet

Dank des wirkungsvollen Einsatzes Berliner Politiker wurde die Arbeit der Zentralen Anlaufstelle Hospiz (ZAH) auch für die Zukunft gerettet. Alle Fraktionen des Abgeordnetenhauses haben sich für den Erhalt dieser in Berlin einmaligen Beratungsstelle für alle Fragen zu Sterben, Tod und Trauer eingesetzt. Die Informations- und Beratungsstelle steht Sterbenden und deren Angehörigen, Trauernden und Professionellen (die mit und für Sterbende arbeiten) zur Verfügung. Die Einrichtung will dazu beitragen, dass Sterbende würdevoll und selbstbestimmt leben können – bis zuletzt. Sie hilft bei der Suche nach der geeigneten Unterstützung und leistet erste psychosoziale Begleitung. Die ZAH-Mitarbeiter konnten schon viele Ratsuchende bei der Suche nach Schmerztherapie, adäquater Pflege oder Sterbe- und Trauerbegleitung unterstützen. Häufig informieren sich Bürger und Bürgerinnen über Patientenverfügungen und Sterbevorsorge. Da Sterben, Trauer und Tod leider nach wie vor Tabu-

themen sind, finden hilfesuchende Sterbende und Trauernde nicht selten in der Zentralen Anlaufstelle Hospiz erstmals ein offenes Ohr und Halt.

Hervorgegangen war die ZAH aus dem erfolgreichen Bundesmodellprojekt „Hospizbüro“. Die vom Unionhilfswerk getragene Beratungsstelle wird momentan vom Land Berlin gefördert. Ab 2003 soll die Förderung der ZAH von der Liga der Wohlfahrtsverbände übernommen werden.

1998 wurde die neugeschaffene Einrichtung bereits von 312 Ratsuchenden in Anspruch genommen, 2001 suchten bereits 1128 Menschen telefonische oder persönliche Beratung. Und der Bedarf wächst! Näheres zur Zentralen Anlaufstelle Hospiz des Unionhilfswerkes und nützliche Informationen rund um das Thema Sterben und Tod in Berlin sind unter der Telefonnummer (030) 40 71 11 13 (Ansprechpartner ist Dirk Müller) erhältlich oder im Internet zu finden unter [www.hospiz-aktuell.de](http://www.hospiz-aktuell.de).

WWW.  
BERLINER-  
RUNDSCHAU  
.DE

### IMPRESSUM

HERAUSGEBER UND VERLAG  
Berliner Presse- und Informationsdienste Verlags- und  
Werbegesellschaft mbH (bpi),  
Neue Grünstraße 26 · 10179 Berlin  
Telefon: 030/20 64 16 0 · Telefax: 030/20 64 16 66

#### CHEFREDAKTEUR

Matthias Wambach

#### LAYOUT UND SATZ

Steffen Boettcher

#### REDAKTION

Barbara Eitel, Marco Hardt, Gerhard Jäger,  
Peter Kamphausen, Horst Kauffmann, Dirk Reitze

#### ANZEIGEN

Alexander Göbel

#### BANKVERBINDUNG

Deutsche Bank, Kto-Nr.: 107 117 400 · BLZ 100 700 00

#### DRUCK UND BELICHTUNG

Union Druckerei Berlin GmbH  
Storkower Str. 127 a · 10407 Berlin

Für nicht angeforderte Manuskripte wird keine Haftung  
übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben  
nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

„Der kürzeste Weg  
zwischen zwei  
Menschen ist  
ein Lächeln.“

Wir wollen Sie begeistern.

**B BERLINER BANK**  
Niederlassung der Bankgesellschaft Berlin AG